

Briefetal-Bote

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,30 RM, wogegen Briefgebühren. Die Ausgabe Nummer 10 Pfennig.

Anzeigen werden in der Briefetal-Bote...
 Briefetal-Bote, Birkenwerder, Postfach 1111
 und von allen Tages- und Wochenblätter-Verlegern.
 Die Anzeigenpreise sind in der Briefetal-Bote
 Nummer 10 Pfennig, Nr. 11 Briefetal-Bote 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder,
 Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hofsjagdrevier,
 Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Aleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 103

Heftpreis Amt Birkenwerder 2005

Sonntag, den 1. Juli 1928

Postfachkonto: Berlin 62 448

27. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Ein Hund als zugelassen gemeldet.

Unter dem Schweinebestande des Rinderzuchtanstalts St. Johannesberg, Dranenburg, Berliner-Allee, ist die Schweinepest amtlerärztlich festgestellt worden.

Birkenwerder, den 30. Juni 1928.

Der Amtsvorsteher. J. W. Matzke.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Zur Deckung der laufenden Ausgaben der Gemeinde im Rechnungsjahr 1928 werden nachstehend die Genehmigung der Aufgabensätze nach dem Beschlusse der Gemeindevertretung vom 28. d. Mts. rückwirkend vom 1. April d. Js. ab folgende Gemeindegeldsätze erlassen:

- 320 % Zuschlag der Gemeinde zur staatlichen Grundbesitzsteuer
- 490 % Zuschlag zu den Gewerbesteuergrundbeträgen vom Grundbesitz
- 980 % Zuschlag zu den Grundbeträgen der Gewerbesteuer vom Kapital
- je 90 % Zuschlag zu den Gewerbesteuergrundbeträgen vom Grundbesitz und je 150 % Zuschlag zu den Gewerbesteuergrundbeträgen vom Kapital als Einkommensteuer und Zwecksteuer.

Die Unterabgabensätze sind der nachstehenden Erhebung der Aufgabensätze gegen die bisherigen Vorauszahlungsbeiträge für die Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni d. Js. dieben mit den Grundbesitz- und Hauszinssteuer für den Monat Juli bis zum 15. d. Mts. in der bisherigen Gemeindegeldsätze ohne besondere Anfordernng zu zahlen.

Bei der Zahlung erfolgt die Zuteilung der Steuerzettel für das Steuerjahr 1928. Die Steuerzettel können auch ohne gleichzeitige Zahlung bis zum 15. Juli d. Js. in der Gemeindegeldkasse, Zimmer 7 des Rathauses, in Empfang genommen werden.

Die erhöhten Grundbesitzsteuersätze für die Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni d. Js. können die Eigentümer der Zwangsversteigerung Wohngebäude nach dem Beschlusse der Friedensmieten oder vorhandenen Wohnungen auf die Mieter umlegen und mit der Zahlungsbefreiung erheben. Die Mieter sind auch den gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet, dem Eigentümer alle diejenigen Steuerzuteilungen anteilig zu erstatten, die über 100 % betragen; für 1928 sind dieses also 220 %, der staatlich veranlagten Grundbesitzsteuer. Der auf die Eigentümerwohnung entfallende Steueranteil ist bei der Steuerumlage auf die Mieter besonders zu berücksichtigen.

Birkenwerder, den 30. Juni 1928.

Der Gemeindevorsteher. Blank.

Wartezett für Arbeitslose.

Vom 1. Juli d. Js. ab beträgt die normale Wartezett bei Antragstellung auf Arbeitslosen- oder Arbeitslosenversicherung gemäß Artikel 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten der Arbeitslosenversicherung zur Abänderung der Verordnung über die Wartezett für Arbeitslose vom 23. März 1928 - 7. Kalendertag. Die Wartezett beginnt mit dem Tage der Arbeitslosenmeldung.

Die sonstigen Bestimmungen meiner Rundverfügung vom 16. April 1928 - IV. 7/191 - (Absatz 2, 3 und 4) erlassen hierdurch keine Abänderung.

Berlin, den 22. Juni 1928.

Arbeitsnachweis des Kreises Niederbarnim.

Dr. Hoffmann, Landrat.

J. W. Dr. Reucher, Regierungsdirektor.

Veröffentlichung:

Birkenwerder, den 30. Juni 1928.

Der Gemeindevorsteher. J. A. Daubert, Gemeindegeldkassier.

Der Kampf um Ricklin und Roffé.

Poincaré hat in der französischen Kammer wieder einmal einen Sieg errungen: Der Antrag des elsässischen Abgeordneten Michel Walter auf Freilassung Ricklins und Roffés wurde nach stürmischer Aussprache mit 420 gegen 150 Stimmen abgelehnt. Die Freunde Poincarés über diese beträchtliche Mehrheit für die von ihm beliebte Methode, dem Elsaß die Liebe zu Frankreich einzubläuen, dürfte allerdings durch den Verlauf der Debatte ein wenig beeinträchtigt werden. Diese Aussprache mit ihren erregten Auseinandersetzungen bedeutet kein Ruhmesblatt für die französische Kammer, und sie läßt auch beträchtliche Zweifel aufkommen, ob sich Poincaré wirklich auf dem richtigen Wege befindet, wenn er das Elsaß beruhigen will.

Zur Begründung seines bekanntlich schon einmal zurückgezogenen Antrags führte Abg. Michel aus, wenn man Ricklin und Roffé die provisorische Freilassung verweigere, so wäre das noch weniger begünstig für die elsässische Bevölkerung als das Urteil von Kolmar. Man müßte den beiden Abgeordneten die Möglichkeit

geben, ihre Mandate auszuüben. Es handele sich hier um eine Frage, die über die Grenzen des Elsaß hinaus Bedeutung habe. Der gute Ruf ganz Frankreichs sei jetzt mit der Freilassung dieser beiden Abgeordneten verknüpft. Als der Kammerpräsident dem Redner wegen Ablaufs der Redezeit das Wort entziehen wollte, gab es den ersten Zusammenstoß. In höchster Erbitterung rief Walter: Der Vertreter des Elsaß hat nicht das Recht, in der französischen Kammer zu sprechen. Einen neuen Protest aus Seiten der elsässischen Abgeordneten lösten dann die Ausführungen des Sozialisten Prot aus, der den Freunden Ricklins und Roffés vorwarf, daß sie sich auf das allgemeine Stimmrecht bezögen, aber gleichzeitig für das Elsaß ein besonderes Recht durchzusetzen versuchten.

Dann sprach der Abgeordnete Raibel. Er erklärte, er könne sich der Ansicht der Regierung nicht anschließen, denn Ricklin und Roffé seien von Bürgern gewählt worden, denen die beiden Abgeordneten zur Last gelegten Taten durchaus bekannt gewesen seien. Im übrigen hätte beide ja mehr als die Hälfte ihrer Strafe verbüßt. Auf einen Ruf Poincarés: Das ist nicht wahr, antwortete Walter: Doch! Als Poincaré seine Behauptung aufrecht erhielt, kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung der elsässischen Abgeordneten Walter und Broglé mit dem Ministerpräsidenten, die für einige Zeit die Fortsetzung der Debatte führte, zumal die Mehrheit während dieser Zwischenrede Poincaré applaudierte. Auch dem Abg. Raibel wurde schließlich wegen Ablaufs der Redezeit das Wort entzogen.

Großen Tumult gab dann wieder der Haberner Abgeordnete Dahlet hervor, der erklärte: Ich kann von Glück sprechen. Ich hätte heute beinahe das Schicksal Ricklins und Roffés geteilt. Wenn die Kammer die beantragte Debatte ablehnt, so wird das eine moralische Scheidung zwischen Frankreich und dem Elsaß zur Folge haben. Nachdem sich der Tumult, den diese Worte auslösten, gelegt hatte, erklärte Dahlet weiter: Ich bitte das Elsaß inständig, Frankreich nicht für das kolmarer Urteil verantwortlich zu machen. Auch der Wülhausenener sozialistische Abgeordnete Grumbach entstellte einen fürchterlichen Protest, und zwar aus Seiten der elsässischen Abgeordneten, als er ihnen unter Bezugnahme auf die Worte Dahlets vorwarf, sie seien es, die an der Scheidung arbeiteten.

Als nun der Abgeordnete Walter wieder das Wort ergriff, wurde er von den Sozialisten mit einem Pultbedeckel empfangen. Es wurde ihm von einem Abgeordneten der sozialistischen Fraktion erklärt, sie würden ihn erst sprechen lassen, wenn er sich verpflichte, auch die sozialistischen Redner zu Wort kommen zu lassen. Nachdem sich dann der Kammerpräsident für eine rasche Beendigung dieser, wie er sagte, sehr peinlichen Debatte ausgesprochen hatte, beteuerte der Abgeordnete Walter in großer Erregung das vaterländische Gefühl der beiden Beurteilten, deren Freilassung er beantrage. Er schloß, indem er an den Ministerpräsidenten, der Frankreich gerettet habe, den Welt richtete, der schrecklichen Lage im Elsaß ein Ende zu bereiten. Zum Schluß verfuhrte noch der Abg. Picot vergebens, Walter zur Zurückziehung seines Antrags zu veranlassen.

Nach der Ablehnung seines Antrags gab der Abg. Walter in den Wandelgängen der Kammer eine von 10 elsässischen und lothringischen Abgeordneten unterzeichnete Erklärung bekannt, in der die Ablehnung der sofortigen Freilassung der Abgeordneten Ricklin und Roffé bedauert und die Regierung für diese Ablehnung verantwortlich gemacht wird, „die, anstatt zur Befriedigung beizutragen, dazu angeht ist, die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung der wiedergewonnenen Provinzen gegen die Regierung und die Kammer aufzubringen und den französischen Gedanken in jenen Provinzen schwer zu kompromittieren.“

Um die Programmklärung.

Erste Sitzung des Kabinetts Müller-Franken.

Das neue Reichskabinettt trat am Freitag vor-mittag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen, in der Reichskanzler Müller-Franken zunächst die Vereidigung der Minister vornahm, die bisher noch nicht den Eid auf die Weimarer Verfassung abgelegt hatten. Es waren dies die beiden Minister Dietrich-Baden und v. Guérard.



Die neuen Reichsminister.

Oben: Reichsinnenminister Severing, Reichsfinanzminister Giffenberg, Reichsernährungsminister Dietrich.

Unten: Reichsverkehrsminister v. Guérard, Reichsjustizminister Koch, Reichsarbeitsminister Bis-jel.

Das Kabinettt beschäftigte sich dann auch bereits mit der Frage der Regierungserklärung. Da sich nicht nur die Deutsche Volkspartei, sondern auch das Zentrum dem Kabinettt gegenüber völlig freie Hand vorbehalten haben, sind hier noch einige gefährliche Klippen zu überwinden, besonders wenn es sich bekräftigen sollte, daß sich Müller-Franken nicht mit der Ablehnung der in Aussicht stehenden Vertrauensanträge begnügen wird, sondern ein positives Vertrauensvotum fordern will. Die dem Außenminister Dr. Stresemann nahe-stehende „Tägliche Rundschau“ macht auf die bestehenden Schwierigkeiten mit folgenden Ausführungen aufmerksam:

Die Regierung legt Wert darauf, vor der Vertagung des Reichstags bis zum Herbst noch einige Vorlagen erledigt zu sehen. Dabei wird sich wohl herausstellen, daß das Fundament des Kabinetts an Festigkeit zu wünschen übrig läßt. In der Frage einer allgemeinen Amnestie, mit der das Kabinettt seine Tätigkeit zu beginnen wünscht, ist eine Einigung der Parteien, die in dem Reichskabinettt vertreten sind, bisher noch nicht gelungen. Die Sozialdemokraten bestehen auf ihrem Antrage, der die politischen Verbrechen anschlüsselt und auch eine Amnestie der Verbrechen und Vergehen aus sozialer Notlage vorsieht. Die Deutsche Volkspartei ist der Ansicht, daß man bei einer all-

gemeinen Begnadigung auch reinen Tisch machen und dabei die sogenannten Heme-Verbrechen nicht ausblenden sollte, allein schon wegen der außenpolitischen Schwierigkeiten, die die Heme-prozesse im Gefolge haben. Die Sozialdemokraten blieben aber auf ihrem Antrag bestehen und hoffen offenbar, ihn mit Hilfe einer Gruppierung vom Zentrum bis einschließlich der Kommunisten durchzubringen. Wie diese Frage gelöst werden wird, muß man abwarten. Auch die Proklamation des 11. August zum Nationalfeiertag soll vor den Sommerferien noch der Reichstag beschließen, und zwar im Anschluß an die bekannte Entsch-nahme des Reichsrats. Auch hier stehen erste Schwierigkeiten bevor, da die Fraktionen der Deutschen Volkspartei und auch der Bayerischen Volkspartei gegen eine solche Proklamation sind.

Das Blatt nennt im übrigen das jetzige Kabinettt nur eine Notlösung und betont, daß die endgültige Lösung nur dann gefunden werden kann, wenn in Preußen die berechtigte Forderung der Deutschen Volkspartei erfüllt wird.

Der Abschied des alten Kabinetts.

Das alte Reichskabinettt trat am Donnerstag nach-mittag unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx zu seiner letzten Sitzung zusammen. Reichskanzler Marx sprach den Mitgliedern des Reichskabinetts, insbesondere auch dem infolge Krankheit abwesenden Reichs-minister Dr. Stresemann, für ihre Mitarbeit seinen wärmsten Dank aus, der vom Reichsminister Hergt, dem Stellvertreter des Reichskanzlers, zugleich im Namen der übrigen Reichsminister herzlich erwidert wurde.

Hindenburg an die scheidenden Minister.

Reichspräsident von Hindenburg hat dem Reichs-kanzler Dr. Marx und den übrigen Mitgliedern des Kabinetts

Bettfedern

Bettstellen u. Matratzen
 Patentböden / Ruhebetten
 Watte- und Daunen-Steppdecken
 Berlin C, Stadtbahnbo Böse

Schaefer